



# BUNDESTAG AKTUELL

## Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 09. September 2011

### Kommunalwahl am Sonntag

Am Sonntag werden bei uns die kommunalen Parlamente, einige Bürgermeister und Landräte neu zur Wahl stehen.

Auch ich kandidiere für den Verdener Kreistag. Ich vermisse die Kommunalpolitik sehr. Nun habe ich entschieden, dass ich mich im Kreistag des Landkreises Verden, wenn ich denn gewählt werde, engagieren möchte. Die Langwedeler CDU hat mich als Spitzenkandidat in der Gemeinde für den Kreistag nominiert. Seit fast zwei Jahren gehöre ich keinem kommunalpolitischen Parlament mehr an. Als ich im Oktober 2009 in den Bundestag gewählt wurde, musste ich schweren Herzens mein Bürgermeisteramt ablegen. Damit bin ich nach über 18 Jahren nicht mehr im Gemeinderat des Flecken Langwedel vertreten. Ich brauche einfach den Bezug zur örtlichen nachbarschaftlichen Politik, um gemeinsam mit den Menschen wichtige Projekte umzusetzen. Meine langjährige kommunalpolitische Erfahrung, vor allem auch als Bürgermeister, können für die Menschen sicherlich sehr hilfreich sein. In Berlin bin ich mittlerweile fest verwurzelt, sodass mir für die Kommunalpolitik Zeit bleibt.

Wir alle werden bis zur letzten Minute kämpfen. Ich wünsche allen Kandidaten viel Erfolg!

Gehen Sie wählen und geben Sie am 11. September alle Stimmen der CDU!

**Am 11. September 2011:  
Alle Stimmen für die CDU!**



### Europäischen Rettungsschirm ertüchtigen

In dieser Woche haben wir die Ertüchtigung der Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF) auf den Weg gebracht. Mit der EFSF war im Mai 2010 ein temporärer Rettungsschirm aufgespannt worden, der im Jahr 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden soll. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass die Schlagkraft der EFSF in bestimmten Punkten gestärkt werden muss. Um etwa die zugesagten Mittel in Höhe von 440 Mrd. € auch tatsächlich ausleihen zu können, wird der Garantierahmen auf 780 Mrd. € erhöht. Der deutsche Gewährleistungsanteil steigt von 123 auf 211 Mrd. €. Es fällt mir nicht leicht, diese Hilfen bereit zu stellen, aber ich halte es für den einzig erfolgversprechenden Weg, den Euro retten zu können. Und daran, den Euro zu erhalten, hat vor allem Deutschland ein großes Interesse.

Außerdem werden weitere Instrumente geschaffen, um vor allem mögliche Ansteckungseffekte frühzeitig unterbinden zu können: Neben Kredite treten als Möglichkeit vorsorgliche Kreditlinien oder das Aufkaufen von Anleihen von Eurostaaten am Primärmarkt. Unverändert bleibt: Hilfe gibt es nur bei einer Gefährdung der Finanzstabilität der Eurozone insgesamt und nur im Gegenzug für ein striktes finanz- und wirtschaftspolitisches Reformprogramm.

Die Beteiligungsrechte des Parlamentes haben wir selbst geregelt, indem wir im Zuge des parlamentarischen Verfahrens einen eigenen Änderungsantrag eingebracht haben.

Ich bin zuversichtlich, dass die Koalition bei der Endabstimmung über den europäischen Rettungsschirm eine eigene Mehrheit haben wird.

---

## Bundeshaushalt 2012 steht im Zeichen der Konsolidierung

Mit dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2012 zeigt die christlich-liberale Koalition, dass sie die Haushaltskonsolidierung weiter erfolgreich vorantreibt.

Beim Abbau der Neuverschuldung schreiten wir mit großen Schritten voran. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2 Mrd. € um rund 13 Mrd. € unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3 Mrd. € unter den Eckwerten von März 2011. Dabei sind alle absehbaren Zusatzbelastungen wie die Kosten der Energiewende, ein steigendes Zinsniveau, die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Entscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr bereits eingeplant.

Trotz der neuen Herausforderungen liegt die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerung in den Jahren 2011 bis 2015 mit 0,7 Prozent im-

mer noch auf sehr niedrigem Niveau. In den Jahren 2012 bis 2014 unterschreitet die Neuverschuldung in der Summe den bislang geltenden Finanzrahmen um 25 Mrd. €. Dieser Erfolg ist insbesondere auf das im letzten Jahr geschnürte Zukunftspaket mit dem Haushaltsbegleitgesetz zurückzuführen, mit dem der Grundstein für die nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts zur Einhaltung der Schuldenregel gelegt worden ist. Auch spiegelt sich im Haushalt 2012 wider, dass die Koalition in der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Entscheidungen getroffen hat und Deutschland gestärkt aus der Krise herausgekommen ist.

Unser Ziel ist es, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Wahrscheinlich werden wir dieses Ziel schon früher erreichen. Den bis dahin noch langen Weg ge-

hen wir mit dem Bundeshaushalt 2012 konsequent fort.



In dieser Woche hat die Bundesregierung den Haushalt 2012 in den Deutschen Bundestag eingebracht und wir Parlamentarier haben ihn diskutiert. In der Debatte zum Etat der Bundesfamilienministerin habe ich als für diesen Etat zuständiger Haushaltspolitiker wie jedes Jahr im Plenum des Deutschen Bundestages gesprochen.

---

## Null-Toleranz-Politik gegenüber Gewalt und Vandalismus

Mit bereits mehr als 530 brennenden Autos allein in diesem Jahr führt Berlin einen traurigen Rekord. Gewalttätige Übergriffe im Nahverkehr, ein ungenierter Vandalismus und Gewalt an Schulen ist in einigen Teilen der Stadt an der Tagesordnung. Dieses sind keine plötzlichen und vorübergehenden Ereignisse, sondern Ergebnisse einer schleichenden Erosion von Recht und Sicherheit in unserer Hauptstadt. Eine Politik des Duldens, Verschweigens

und Verharmlosens hat dazu geführt, dass die Hemmschwellen immer mehr sinken. Dieser Entwicklung kann nur mit einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Gewalt und Vandalismus wirksam begegnet werden. Wir fordern eine Politik des langen Atems – keine Flickschusterei, wie wir sie jetzt wieder in der Hauptstadt beobachten. „Linke“ Gewalt muss ebenso konsequent geächtet und bekämpft werden wie „rechte“ Gewalt. Die Lan-

desjustiz muss in die Lage versetzt werden, Straftäter zügig zu bestrafen. Die immer häufiger zu beobachtende Einstellung von Verfahren insbesondere im Bereich der kleinen und mittleren Kriminalität und milde Bestrafungen schwächen das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Gerade jugendliche Straftäter müssen schnell und wirksam bestraft werden. Die Einführung des Warnschussarrests ist daher sinnvoll.

---

### Büro Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227-71322  
Fax: 030/227-76932

Email: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)  
Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)

Redaktion: Tatjana Range